

Hessisches Kultusministerium

HESSEN

Medienspiegel

9. Juni 2023 / Ausgabe 1



BILDUNGSLAND
Hessen



Interne Übersicht für den dienstlichen Gebrauch an:

Minister

Staatssekretär

M-Büro

Abteilung I - IV, Z

Staatskanzlei - Frau Hagenkötter

Hessische Lehrkräfteakademie - Frau Steiner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Unruhe wegen Nachfolger von Schulleiter <i>Offenbach Post</i>	1
Keine IGS in St. Christophorus <i>Frankfurter Neue Presse</i>	3
KI: Gravierende Folgen für Schüler und Lehrer <i>Wiesbadener Kurier</i>	4
Prüfungen früher abrufbar <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	7
75 Jahre Jüdische Gemeinde: "Wir feiern eine Erfolgsgeschichte" <i>Frankfurter Neue Presse</i>	8
"Sie haben zum Hinsehen gezwungen" <i>Wiesbadener Kurier</i>	11
Die Ampel verkennt die Rolle der Religion <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	12
Gegen "Lager mit Stacheldraht" an den EU-Grenzen <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	13
Faesser für ein "Europa der offenen Grenzen" <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	14
Mit Pingpong und Popeorn <i>FAZ-Rhein-Main-Zeitung</i>	17

Unruhe wegen Nachfolger von Schulleiter

Dietzenbach – Mit den Sommerferien tritt der langjährige Heinrich-Mann-Schulleiter Hans Peter Löw seinen Ruhestand an. Bereits jetzt sorgt eine vom Kultusministerium

angedachte Nachfolgeregelung für Unruhe in Schulgemeinschaft und Stadt. Der ehemalige Direktor der Ernst-Göbel-Schule in Höchst ist als Nachfolger vorgesehen – und hat an seiner alten Arbeitsstätte schon für überregionale Aufmerksamkeit gesorgt, unter anderem gab es Mobbingvorwürfe. Gegen

den 64-jährigen haben sich nun sieben Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gestellt und einen Brief an Kultusminister Alexander Lorz, verbunden mit der Bitte, die Entscheidung zu überdenken, gesendet. In Wiesbaden hat man keine Bedenken. » **DIETZENBACH SEITE 23**

„Als klarer Rückschritt zu werten“

Stadtverordnete stellen sich gegen Nachfolger von Heinrich-Mann-Schulleiter

VON BARBARA SCHOLZE

Dietzenbach – Mit den Sommerferien endet eine Ära an der Heinrich-Mann-Schule. Dann tritt der langjährige Schulleiter Hans Peter Löw seinen Ruhestand an. Bereits jetzt sorgt aber eine vom Kultusministerium angedachte Nachfolgeregelung für Unruhe in der Schulgemeinschaft und der Stadt. Nach Informationen unserer Zeitung soll der ehemalige Direktor der Ernst-Göbel-Schule in Höchst, Ralf Guinet, die Leitung der kooperativen Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe übernehmen. Ein Kandidat, der unter anderem im vergangenen Jahr mitsamt der Höchster Bildungseinrichtung heftig in die Schlagzeilen geraten war.

So berichteten etwa die Hessenschau und die Frankfurter Allgemeine Zeitung mehrfach von den Auseinandersetzungen. Im Rahmen einer Umorganisation des Kursystems war Guinet mit dem Oberstufenleiter in Konflikt geraten. Die Situation eskalierte, es folgten Mobbingvorwürfe, die Versetzung des Oberstufenleiters an eine andere Schule und schließlich Streiks von Eltern und Schülern, Hausverbote und viel mediale Aufmerksamkeit.

Vorgeworfen wurden dem Schuldirektor dabei Alleingänge, mangelnde Transparenz und fehlende Kommunikation. Gegen Ähnliches hatte er sich bereits bei einer vorhergehenden Tätigkeit an der Albert-Einstein-Schule in Groß-Bieberau verteidigen müssen, wurde weiterhin berichtet. Gegen Ende des vergangenen Schuljahres meldete sich Ralf Guinet dann krank und erklärte ebenso krankheitsbedingt schließlich den Rücktritt von seinen Aufgaben an der Ernst-Göbel-Schule.

Für die Dietzenbacher Politiker ist diese mögliche Nachfolge an der Heinrich-Mann-Schule nun Grund genug, beim Kultusminister vorstellig zu werden, mit der Bitte, die Entscheidung zu überdenken. In seltener Einmütigkeit haben die Fraktionen ein entsprechendes Schreiben an Kultusminister Alexander Lorz (CDU) gerichtet. Unterzeichnet haben die politischen Vertreter Ahmed Idrees (SPD), Dirk Hill (FDP), Jens Hinrichsen (Freie Wähler), Christoph Mikuschek (CDU), Ivana Medvidovic (Linke) und Roger Räder (Grüne). „Mit Blick auf all die genannten Kriterien und Faktoren, die bei der Besetzung einer Schulleiterstelle zu berücksichti-

gen sind, wird deutlich, dass die vorgenommene Besetzung der Schulleiterstelle in Dietzenbach nicht als Fortschritt, sondern als klarer Rückschritt zu werten ist“, heißt es darin unter anderem.

„**Aus schulfachlicher Sicht ist von einer erfolgreichen Leitungstätigkeit von Herrn Guinet auszugehen.**

Kultusministerium

Grundsätzlich betonen die politischen Entscheidungsträger in dem Brief, dass die Kinder und Jugendlichen der Kreisstadt ihnen am Herzen liegen. Um den Anforderungen der Heinrich-Mann-Schule gerecht zu werden, sei es wichtig, dass der Schulleiter oder die Schulleiterin bereits Erfahrungen im Bereich Gesamtschule gesammelt und nicht mit Altlasten einer anderen Schule ausgestattet sei. Die Stelle sei mit einer „dynamischen und motivierten Person“ zu besetzen, die mit der sozialen Struktur Dietzenbachs vertraut sei und die damit verbundenen Herausforderungen kenne. Die Kreisstadt sei die kinderreichste

Stadt in Hessen und erwarte in den kommenden Jahren einen deutlichen Anstieg der Schülerzahlen, auch daher sei es von großer Bedeutung, dass eine Schulleitung über die „notwendige Erfahrung, Kompetenz und Ressourcen“ verfüge, um den steigenden Bedarf an Bildung und Betreuung zu bewältigen.

Ebenso fordern die Politiker, die Stelle „langfristig und unter Berücksichtigung von Stabilität“ zu besetzen. Es heißt: „Eine langfristige Präsenz des Schulleiters oder der Schulleiterin schafft Kontinuität und Stabilität in der Schule“. Damit spielen die Unterzeichner auf Guinets Alter an, er ist im 64. Lebensjahr und steht somit kurz vor dem Ruhestand.

Auch der Vorstand des Schulleiternbeirates der Schule unter Leitung von Thomas Münch hat sich bereits zu einer Besprechung getroffen und ebenfalls ein Schreiben an das Kultusministerium und Landrat Oliver Quilling (CDU) gesandt, um die Situation zu klären. „Derzeit sind wir dabei, Rücksprache mit den Eltern zu halten“, teilt Münch darüber hinaus mit.

Auf mehrere zugesandte Fragen – auch auf die Vorgeschiede von Guinet bezogen – antwortet man in Wiesba-

Fortsetzung von: Unruhe wegen Nachfolger von Schulleiter

den relativ spärlich. Aus dem Kultusministerium heißt es, „die Auswahl von Schulleiterinnen und Schulleitern erfolgt im Rahmen der Bestenauslese auf Grundlage des Erlasses über ‚Ausschreibungs- und Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen‘ vom 24. November 2017“. Es gehe in einem solchen Verfahren nicht um persönliche Sympathien oder Antipathien. „Die Besetzung der Schulleiterstelle an der Heinrich-Mann-Schule wurde intensiv mit dem Staatlichen Schulamt Offenbach vorbereitet und umgesetzt und ist verwaltungsrechtlich abgeschlossen.“ Dabei seien wie immer alle notwendigen Informationen zusammengeführt worden. „Aus schulfachlicher Sicht ist von einer erfolgreichen Leitungstätigkeit von Herrn Guinet auszugehen.“ Er verfüge über langjährige Erfahrung und werde mit seiner Expertise Impulse für die schulische Weiterentwicklung setzen können. „Aus personalrechtlicher Sicht können keine weiteren Details des Auswahlprozesses oder zu einzelnen Bewerbern genannt werden.“ Für die Behauptung, die Staatsanwaltschaft sei eingeschaltet worden, „liegen dem Hessischen Kultusministerium keine Hinweise vor“.

Keine IGS in St. Christophorus

PREUNGESHEIM Dezenternin sieht viele Möglichkeiten für die Fläche – Noch einige offene Fragen

Eine Integrierte Gesamtschule (IGS) wird auf dem Grundstück der katholischen Kirche St. Christophorus nicht gebaut werden. Zu diesem Ergebnis kam die Prüfung des Bildungs- und Baudezernats. Das war die zentrale Aussage des Berichts von Dezenternin Sylvia Weber (SPD) am Dienstagabend in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats 10 (Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim).

Abriss ist vom Tisch

„Es gibt den Wunsch, dass die Kirche erhalten wird und das kann ich gut nachvollziehen“, sagte die Stadträtin. Für eine IGS werde so viel Grundstücksfläche gebraucht, dass das Kirchengebäude abgerissen werden müsste. Damit sei die IGS vom Tisch, der Kauf des Grundstücks allerdings noch lange nicht.

Webers Ausführungen beinhalteten kaum handfeste Aussagen. Sie habe frühzeitig berichten wollen, erklärte sie, auch wenn das heiße, dass wenig Konkretes genannt werden könne. „Wir verhandeln mit dem Bistum über den Erwerb der Fläche“, sagte Weber einerseits. Das Bistum möchte verkaufen. Wegen hoher Unterhaltskosten und sinkender Mitgliederzahlen muss das Bistum sparen. Andererseits führe man noch keine Verkaufsverhandlungen. „Wir sind noch in der Vorprüfung.“ Was genau noch geprüft werden soll, bevor eine Entscheidung über eine Kaufabsicht gefällt wird, beantwortete sie nicht. Einen Zeitplan gebe es dafür nicht. „Bis es hier losgehen wird, wird noch einiges an Zeit vergehen.“

Interesse hat das Dezernat an dem Grundstück und dem Kirchengebäude aber. Weber nannte eine ganze Palette möglicher Nutzungen. In dem Kirchengebäude könnten entstehen, zählte Weber auf: „Eine Mensa, eine Aula, ein Bewegungsraum, ein Veranstaltungsraum, den die Schule nutzen kann und auch der Stadtteil.“

In einer Präsentation, die beleuchtete, was andere Kommunen mit ehemaligen Kirchengebäuden anstellten, wurden zudem ein Konzertsaal, eine Kletterhalle und eine Buchhandlung als mögliche Nutzungen angesprochen.

Dort, wo heute das Pfarrhaus, das Gemeindezentrum und der Kindergarten stehen, könnten nach Webers Aussage eine Grundschule entstehen, Turnhallen oder ein Auslagerungsstandort für andere Schulen. „Wir haben eine ganze Menge Schulen, die saniert werden müssen.“ Wie die Stadt das Grundstück nutzt, wenn sie es denn kauft, ist noch weitestgehend offen. Auch spreche nichts dagegen, dass ein Gebetsraum entsteht, der der Gemeinde vom Bistum zugesagt worden sei, wie ein Mitglied anmerkte. Weber zeigte sich bereit, auch den Stadtteil und den Ortsbeirat in die Entscheidung über die zukünftige Nutzung einzubeziehen.

Zustand der Kirche noch nicht geprüft

Bis es zu einer Entscheidung im Dezernat kommt, sind noch viele Fragen offen. Dazu zählt auch der Zustand des Kirchengebäudes. „Die Gemeinde meint, dass die Kirche nicht mehr standsicher ist, das müssen wir noch prüfen“, sagte Weber. Setzrisse zeigen sich an der Fassade. Peter Hofer vom Vorstand des Kirchbau- und Förderverein St. Christophorus meinte in einer Wortmeldung dagegen: „Die Kirche ist nicht so baufällig.“ Der Verein setzt sich für den Erhalt von St. Christophorus ein und hatte dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben. Demnach würde eine Sanierung schätzungsweise 100 000 Euro kosten.

Klären muss das Dezernat zudem, wie hoch der Wert des Grundstücks ist – Zahlen nannte die Stadträtin nicht. Danach müsse sich der Magistrat darauf einigen, entsprechende Gelder bereitzustellen. „Und wir müssen mit der Bauaufsicht, der Stadtpla-

nung, dem Grünflächenamt und verkehrlichen Ämtern das Ganze abstimmen.“ Auch müsse gegebenenfalls ein Ersatz für die Kita gefunden werden.

Da der Bebauungsplan für das Grundstück eine Gemeinbedarfsnutzung vorschreibt, ist es ausgeschlossen, dass beispielsweise Wohnungen auf der Fläche entstehen. Jedoch könnte ein Neubau höher gebaut werden als die zweigeschossigen Gebäude von Pfarrhaus und Kindergarten. So erlaube der B-Plan auch ein drittes Staffelgeschoss, wurde auf Nachfrage einer Nachbarin erklärt, die sich sorgte, dass nun nebenan deutlich höhere Häuser gebaut werden könnten.

Weber kündigte an, vor der Sommerpause schriftlich über die weiteren Entwicklungen zu berichten.

FRIEDRICH REINHARDT



Soll erhalten werden. Doch die Nutzung ist unklar.

FOTO: HAMERSKI

KI: Gravierende Folgen für Schüler und Lehrer

Die unaufhaltsame Einführung von Künstlicher Intelligenz im Unterricht wird das, was Menschen bislang unter Schule verstehen, gründlich verändern. Unser Autor analysiert Risiken und Chancen.

Von Matthias Brendel

REGION. Künstliche Intelligenz (KI) frisst sich unaufhaltsam in die Welt. Die zurzeit noch gratis angebotene KI „ChatGPT“ hat im Internet das schnellste Wachstum aller Zeiten hingelegt. 100 Millionen Nutzer innerhalb von nur zwei Monaten. Tiktok hatte dafür neun Monate gebraucht, Instagram noch zweieinhalb Jahre. Und es ist kein Strohofer. KI wird das Leben der Menschen verändern wie das Internet oder die Markteinführung des Smartphones.

Es kann Opfer innerhalb der Lehrerschaft geben

Es gibt große Versprechungen, aber auch Warnungen, was den Einsatz von KI in Schulen angeht. „Der Bildungsbereich wurde auch von der EU als Hochrisikobereich für KI definiert“, sagt Birgita Dusse, zuständige Referentin bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: „Der richtige Einsatz ist eine heikle und super wichtige Frage.“

ChatGPT kann eine ganze Menge, die es für Lehrer wie Lernende interessant macht: Die KI kann Übungen entwerfen, Zusammenfassungen schreiben, aber auch Aufsätze, Aufgaben aller Art lösen und ziemlich gut übersetzen. Das eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten. Viele schlaue Kinder haben ChatGPT längst runtergeladen.

Die aktuelle Diskussion um Betrugsmöglichkeiten, zu denen ChatGPT eine ganz neue Tür aufstößt, ist aller-

dings nur der Anfang einer größeren Debatte. Die unaufhaltsame Einführung von KI im Unterricht wird das, was Menschen bislang unter „Schule“ verstehen, ziemlich gründlich verändern. Darin sind sich fast alle Experten einig. Und es kann Opfer innerhalb der Lehrerschaft geben. Ein kleiner Trost: Es wird die Schlechtesten unter ihnen treffen.

Jeder kennt sie aus der Schulzeit. Lehrer, die sich kurz nach Betreten des Klassenraums in Frontalunterricht vertiefen und 45 Minuten lang eine mehr oder weniger spannende Vorlesung halten. Fragen oder Einwürfe von Schülern sind eher Störung des Konzepts, welches solch ein Lehrer irgendwann einmal entwickelt hat und von dem er nicht lassen möchte, weil so bequem. Das Problem des Frontalunterrichts besteht darin, dass er zumeist nur 60 bis 70 Prozent der Schüler erreicht. Der Rest ist entweder überfordert oder gelangweilt. Und das Problem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verschärft. „Der Mittelkopf in der Klasse ist zur Seltenheit geworden. Die Vielfalt der Schülerschaft ist gewachsen“, sagt Ralph Müller-Eiselt, der für die Bertelsmann-Stiftung das Thema Digitalisierung des Unterrichts verfolgt.

Künstliche Intelligenz kann nach Meinung vieler Experten helfen, dieses Lehr- und Lernproblem zu beseitigen. Frontalunterricht kann sich in Individualunterricht wandeln, mit unterschiedlichen KI als

Lehrkräften. Manche Schüler lernen leichter, wenn sie dies spielend tun können, einige benötigen strenge Kontrolle, wiederum andere häufiger Pausen, um danach umso konzentrierter zu lernen. Eine gute KI kann sich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler einstellen und optimal fördern. Eine 20-köpfige Schulklasse hat dann nicht mehr einen Lehrer, sondern 20 verschieden lehrende KIs und einen weiteren in Menschengestalt, der aufpasst, dass nichts schief läuft, etwa Schülern mit aktuellen Problemen unter die Arme greift. Bei den aktuell festgestellten Lese- und Verständnisschwächen bei 25 Prozent aller Schulkinder nach der vierten Klasse klingt das Szenario nicht unvernünftig.

„KI kann Lernschritte individualisieren. Das wird aber nicht von selbst laufen“, erklärt Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes. „Von den neuen Möglichkeiten werden erst einmal die profitieren, die bereits mehr haben.“ Damit meint Meidinger ein gebildetes Elternhaus, finanzielle Mittel und frühe Förderung. „Erst einmal geht die Schere auf“, vermutet er. Könnte ein warmherziger und geduldiger Avatar in Form von KI vielen allein gelassenen Schülern auch eine Hilfe sein, diese Gräben zu überwinden? Kinder dazu bewegen, das Internet nicht nur zu konsumieren, sondern es zu nutzen? Wer Kindern beim Gespräch mit ihren Lieblingsstofftieren zu-

Fortsetzung von: KI: Gravierende Folgen für Schüler und Lehrer

hört oder sie beim Spielen am Computer erlebt, weiß, wie schnell gerade die Kleinsten emotionale Beziehungen zu allem Möglichen aufbauen können. Das hat, wie alle Eltern wissen, auch seine Schattenseiten.

Der Job wird anspruchsvoller

„Je menschlicher ein Roboter daher kommt, desto größer die Gefahr, dass eine emotionale Ebene erreicht ist, die dann auch in Ablehnung umschlagen kann“, gibt Ralph Müller-Eiselt von der Bertelsmann-Stiftung zu bedenken. Probleme auf der emotionalen Ebene, das weiß jeder Schüler, können allerdings auch mit richtigen Lehrern entstehen. Wie weit KI gehen wird und kann, wo sie ihre besonderen Stärken und Schwächen hat, ist mangels ausreichender Erfahrung noch nicht bekannt.

Mehr Fortbildungen sind erforderlich

Einig sind sich die befragten Fachleute jedoch darin: Die eigentliche Arbeit eines Lehrers beginnt künftig wohl erst nach der anfänglichen Lernphase, mit dem Vertiefen des Erlernten durch Übungen oder konkrete Anwendung. Der Lehrerjob der Zukunft wird also anspruchsvoller sein als der von heute. Hinsetzen zum Diktat, Kurzgeschichte lesen und zusammenfassen, Vokabeln pauken, Mathe-Regeln lernen, das Periodensystem studieren – diese weniger anspruchsvollen Aufgaben

wird in nicht allzu ferner Zukunft KI übernehmen können.

„Die Zeit, die ich als Lehrkraft für meine eigentliche Passion, das Unterrichten habe, wird wesentlich größer“, sagt Thomas Schmitt, für KI zuständiger Projektleiter der „Deutsche Telekom Stiftung“. „Die Lehrkraft der Zukunft ist mehr Lernbegleiter und Unterstützer.“ Dieser markante Wechsel wird nicht ohne die Unterstützung der Lehrerschaft funktionieren, das ist allen Beteiligten klar. Die Fachfrau Doris Weßels von der Fachhochschule Kiel hat dem Bildungsausschuss des Bundestags kürzlich die Gründung einer „Task Force KI Bildung“ vorgeschlagen. Ralph Müller-Eiselt von der Bertelsmann-Stiftung bedauert, das „digitale Unterrichtsmethoden“ und „Digitalkompetenz“ in der Lehrerbildung „meist noch Wahlfächer sind“.

Es braucht also dringend Fortbildung unter den Pädagogen. „Das Lernen der Zukunft können wir nur im Dialog mit den Lehrkräften gemeinsam gestalten“, bestätigt Britta Kölling. Kölling leitet in Hamburg die zu Jahresbeginn gegründete „Kompetenzstelle KI“ der Hansestadt. Ihr Team besteht aus sechs Mitarbeitern. Zu konkreten Einsatzmöglichkeiten sagt sie: „Ich kann mir beispielsweise vorstellen, dass die KI untersucht, wie der Lernende an eine Aufgabe herangeht und beurteilt: Was braucht er jetzt oder muss ich ihn an die Lehrkraft weiterverweisen?“

KI-Systeme können

KI UND MATHE

► Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die **Handlungsempfehlungen zum Einsatz von KI im Unterricht** entwickelt. „Es gibt viele Fortbildungsangebote und Materialien, aber die Lehrer müssen dafür auch freigestellt werden können. Angesichts des Leh-

remangels eine schwierige Aufgabe“, sagt Julian Kulasza, Referent der KMK. Noch ist KI ohnehin nicht so weit, dass sie einzelne Lehraufgaben übernehmen könnte. Allerdings gibt es **im Handel bereits eine Reihe von interaktiven Programmen**. Ein deutscher Anbieter ist die Berliner Firma Bettermarks, die mathematische Lernprogramme anbietet.

► Stellt das Programm eine Aufgabe, und der Schüler fordert einfach das Ergebnis ein, wird es von der Software korrigiert: So gehe das nicht. Anschließend wird er an die Lösung herangeführt. Das Angebot von Bettermarks kostet Geld und **wendet sich in erster Linie an Lehrer, doch auch an Schüler und Eltern, die sich das leisten können**.

Preisgünstiger als ein Nachhilfeler ist das Programm allemal.

► Eine KI wie ChatGPT würde bei Mathe rasch an ihre Grenzen stoßen, denn sie beruht auf dem sogenannten „Large Language Modell“: Stellt ein Nutzer eine Frage oder erteilt einen Auftrag, analysiert die KI die Wortabfolgen und errechnet, was darauf als Ant-

Aufmerksamkeit messen

Noch ist es nicht soweit, doch werden bereits KI-Systeme angeboten, die im Klassenraum installiert die Aufmerksamkeit einzelner Schüler messen sollen. Dabei können sie, so das Konzept, dem Lehrer Hinweise zum individuellen Lernverhalten geben. Ob sich solche KI lohnt, und für welchen Unterricht, muss sich erst noch in der Praxis zeigen. Grundsätzlich sei die Lehrerschaft an den Einsatzmöglichkeiten von ChatGPT und KI im Allgemeinen zur Förderung des Lernens stark interessiert, erklärt Britta Kölling. Seminare, die derzeit angeboten würden, seien „gut besucht“.

ENERGIEVERBRAUCH

► Der Energieverbrauch von KI ist gewaltig. Es sind zu ChatGPT verschiedene Zahlen im Umlauf, realistisch erscheint **ein Stromkonsum von etwa vier Wattstunden pro Anfrage**.

► Der Energieverbrauch für Datentransfer steigt seit Jahren kontinuierlich. KI wird dem einen neuen, starken Schub verleihen. **Überall auf der Welt schießen Datacenter aus dem Boden**, um den Hunger der Menschen nach Unterhaltung, manchmal auch Information, zu stillen. Diese Datacenter werden keineswegs mit Wind und Sonne betrieben.

wort am wahrscheinlichsten ist. Das funktioniert schon ganz gut, aber **ChatGPT kann folglich nicht rechnen und nur Ergebnisse nennen, die er dazu schon einmal im Internet gefunden hat.**

► Das Ziehen einer mehrstelligen Wurzel mit präzisiertem Ergebnis etwa gehört nicht zu

den Dingen, die im Internet zu sämtlichen Zahlen präsent vorliegen. Wer ChatGPT versagen sehen will, muss ihn nur mit solchen Aufgaben füttern. **Wer manipulieren will, speist die KI anschließend mit falschen Ergebnissen** zu den gestellten Aufgaben.

► Wer böswillig vorgeht, kann

darauf setzen, dass die KI die falschen Ergebnisse zu verwenden beginnt. Bei diesem System von KI ergeben sich also **ungeahnte Möglichkeiten der Manipulation**. Die Entwickler wissen das und versuchen, solche Probleme mit dem Einsatz von menschlichen Mitarbeitern zu lösen. Aber auch hier könnte es

schnell große technische Fortschritte geben.

► Einer Tatsache sollte sich jeder bewusst sein: ChatGPT kann nur im Netz Vorhandenes herausfischen und neu zusammensetzen. **Erfinden kann die KI nichts.** Fantasie – Fehlanzeige.

Prüfungen früher abrufbar

Schulministerin zieht Konsequenzen aus Abi-Panne

reb. DÜSSELDORF. Nach der Computer-Panne beim Abitur in Nordrhein-Westfalen will Schulministerin Dorothee Feller (CDU) umfangreiche Konsequenzen ziehen. So soll es den Lehrern künftig nicht erst am Vortag der Prüfungen herunterzuladen, sondern bereits drei Tage davor. Durch den längeren Zeitraum zwischen Download und Prüfung habe man im Fall einer Störung deutlich mehr Zeit als bisher, um Probleme zu beheben oder ein Notfallsystem zu aktivieren. „Jedoch müssen wir dabei die Vorgabe der Kultusministerkonferenz einhalten, dass die Schulen die Daten erst ab mittags vor dem Prüfungstag einsehen dürfen“, sagte die Ministerin am Mittwoch im Schulausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags. Daher sollen Lehrer erst am Tag vor den Prüfungen einen Freigabeschlüssel bekommen.

Wegen eines missratenen Updates und nicht ausreichender Serverkapazität war es am 18. April rund 600 der gut 900 Gymnasien und Gesamtschulen in NRW nicht gelungen, die zentral

gestellten Aufgaben in den Fächern Biologie, Chemie, Ernährungslehre, Informatik, Physik und Technik wie vorgeschrieben vom Server eines externen IT-Dienstleisters herunterzuladen. Das Ministerium hatte zunächst versucht, eine Notlösung zu finden, auf Krisenkommunikation war weitgehend verzichtet worden. Erst am späten Abend wurde dann bekannt gegeben, dass die Prüfungen verschoben werden müssen.

Damit sich ein solches Chaos nicht wiederholt, werde bei einer Störung künftig ein „Stab für außergewöhnliche Ereignisse“ (SAE) eingesetzt, kündigte Feller an. Der Stab soll das zentrale Instrument sowohl zur Behebung der Störung als auch für die Kommunikation mit den Schulen, den Schülern und der Öffentlichkeit sein. Der Vertrag mit dem externen IT-Dienstleister laufe im Sommer aus. Der Auftrag für die digitale Distribution der Abituraufgaben werde mit höheren Anforderungen an das Datenvolumen ausgeschrieben, da künftig Videodateien oder Hörverstehensaufgaben mehr als bisher in den Prüfungen genutzt werden sollen.

75 Jahre Jüdische Gemeinde: „Wir feiern eine Erfolgsgeschichte“

Vorstandsmitglied Marc Grünbaum über eine Gemeinschaft, die sich als ganz normal versteht und doch besonders ist

Redakteur Mark Obert

Frankfurt – Wie ist das, wenn man dort, wo man sich in der Gemeinschaft geborgen fühlt, von außen am stärksten bedroht ist? Das ist eine der sensiblen Fragen zur Besonderheit jüdischer Gemeinden. Zum 75. Jubiläum der Frankfurter Gemeinde sprach Redakteur Mark Obert mit Vorstandsmitglied Marc Grünbaum.

Herr Grünbaum, eine Frage an den Frankfurter Bub und nicht an das Vorstandsmitglied: Was bedeutet Ihnen das Jubiläum 75 Jahre Jüdische Gemeinde in Frankfurt ganz persönlich?

Ein Anlass zum Feiern und der Freude. Weil für mich als jüdischen Frankfurter Bub die Gemeinde schon über Jahrzehnte hinweg so etwas wie Heimat ist, Geborgenheit, verbunden mit schönen Erinnerungen.

Gibt es eine Erinnerung, die verdeutlicht, was Sie meinen?

Es gibt kein Momentum. Das ist dieses Gefühl, in einen sehr vertrauten Raum zu kommen und dort auf Menschen zu treffen, die einem ebenfalls sehr vertraut sind. Auf Menschen, mit denen einen Jahrzehnte verbinden. Man ist insgesamt einen Weg gemeinsam gegangen – im Guten wie im Schlechten. Das würde ich als Geborgenheit beschreiben.

Was macht es aus, ein jüdischer Frankfurter Bub zu sein?

Da gibt es nichts Spezielles. Wenn ich mich als Frankfurter beschreibe, dann sind das jüdischsein und die Gemeinde ein Teil davon. Natürlich bin ich anders aufgewachsen als der typische Frankfurter Bub, der in Niederursel oder Bornheim aufgewachsen ist.

Inwiefern?

Wir feiern Feiertage, während andere ihren Alltag leben. Das nimmt man als Kind schon sehr bewusst wahr. Wenn wir unsere

Feiertage hatten, war die Freiherr-vom-Stein-Straße eben voll, aber niemand hat komisch geguckt. Das hat auch bedeutet, dass man seine Kippa sofort abzieht, wenn man die Synagoge verlässt – ich kann gar nicht sagen, warum das so ist. Das ist ein Automatismus, der einem in Fleisch und Blut übergegangen ist. Aber in dieser Frage nach dem Jüdischsein schwingt immer auch diese Frage mit, ob man sich ausgegrenzt, ausgeschlossen gefühlt hat oder es sogar ist.

Das war gar nicht meine Absicht. War es mal so?

Na ja, was die Biografien der Eltern betrifft, da gab es keine vergleichbaren Lebensgeschichten bei Eltern von Klassenkameraden. Aber Ausgrenzung habe ich nie wahrgenommen.

Wie ist es mit der Jüdischen Gemeinde und der Stadtgesellschaft?

Sie treffen immer auf Leute, die Ihnen das Gefühl des Andersseins geben. Der Klassiker ist die israelische Staatsbürgerschaft, weil viele Leute glauben, dass Juden automatisch Israelis seien. Oder wenn Bemerkungen gemacht werden in historischen Zusammenhängen. Aber auch das würde ich nicht mit einem Gefühl der Ausgrenzung verbinden, sondern mit Unwissenheit. Was die Stadtgesellschaft und die Rolle der Jüdischen Gemeinde angeht: Ich bin 1970 geboren, und kann es erst ab den 1980er Jahren beurteilen. Die Jüdische Gemeinde ist seither immer ein integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft gewesen. Auch wenn es Konflikte gab. Aber wir hatten in der Stadt immer Ansprechpartner, um gemeinsam Lösungen zu finden. Und wo es keine Lösungen gab, haben wir uns als Jüdische Gemeinde klar positioniert. Zum Beispiel beim Konflikt um das Fassbinder-Theaterstück ...

„Der Müll, die Stadt und der Tod“, in dem ein jüdischer Bauspekulant, ein antisemitisches Klischee, die

Hauptfigur ist. 1985 führte das Schauspielhaus es auf.

Und ich habe als 14-Jähriger vor den Kammerspielen mitdemonstriert gegen das Stück. Als Jude wird man vielleicht ein bisschen früher politisiert und sensibilisiert. Das unterscheidet vielleicht auch heute noch unsere Jugend von ihren nicht-jüdischen Altersgenossen.

Die Shoa war 1985 noch ganz nah, Täter und Opfer lebten nah beieinander. Das Entsetzen in der Jüdischen Gemeinde über das Stück und die Ignoranz in der Stadt war groß. Auch die Angst. Wie erging es Ihren Eltern?

Mein Vater war einer der Kläger. Es gab eine Gruppe von Überlebenden der Shoa, die auf zivilrechtlichem Wege geklagt haben. Das Stück und seine Aufführung haben aber nicht dazu geführt, dass mein Vater verängstigt gewesen wäre. Das war bei ihm nie der Fall.

In manchen jüdischen Haushalten stand der gepackte Koffer griffbereit.

Es gab auch bei meinen Eltern Diskussionen, weil ich mich sehr früh engagiert habe. Meine Mutter fand das nicht so toll, weil man da eine gewisse Bekanntheit erlangt, eine gewisse Rolle einnimmt. Da spielten bestimmt auch Ängste mit. Ich habe das aber abgewehrt und gesagt: Ich verstecke mich nicht. Wenn Leute mir etwas tun wollen, weil ich Jude bin, dann ist das so. Ich werde mich schon zur Wehr setzen können. Mein Vater hat das immer bekräftigt. Und welche Konsequenzen hätte es in den 80er Jahren denn noch geben können? Vielleicht hätte jemand einem etwas körperlich antun wollen, aber ansonsten sind wir hier in der Bundesrepublik, anders als in anderen Ländern, ja nicht ernsthaft bedroht.

Wenn das so sicher wäre, wäre es schön.

Ich meine als Jude, der sich zu Wort meldet. Als Institution sieht

Fortsetzung von: 75 Jahre Jüdische Gemeinde: "Wir feiern eine Erfolgsgeschichte"

das anders aus.

Sicherheitskräfte aus Israel schützen das Gemeindezentrum, die Synagoge, Einrichtungen wie die Schulen und Kindergärten. Die potenzielle Gefahr ist allgegenwärtig, es gibt nie Normalität.

Ich würde mit diesem Begriff vorsichtig sein. Wenn es um die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik geht, dann ist das natürlich in Anführungszeichen keine normale Geschichte, weil die Shoa das Abnormalste gewesen ist, was man sich vorstellen kann. Und dass Menschen bei allem, was sie erlebt haben, wieder jüdische Gemeinden aufgebaut haben, ist vielleicht auch nicht normal. Vielleicht gewöhnen wir uns auch nie wirklich an die Sicherheitsvorkehrungen, aber wir haben glückliche Kinder. Sie sind sensibel für das Thema Sicherheit wie auch ihre Eltern dafür sensibel sind, aber wir leben unser Leben im Alltag nicht anders als die anderen Frankfurter.

Aber es ist doch Paradox: Dort wo Juden heimisch und als Juden erkennbar sind, eben in jüdischen Einrichtungen, ist in Zeiten zunehmender antisemitischer Straftaten das Bedrohungspotenzial besonders hoch. Was macht das mit den Menschen, mit der Gemeinde?

Natürlich ist es unnormal, dass wir mehr als zwei Millionen Euro pro Jahr für unsere Sicherheit ausgeben müssen. Dass wir über Panzerglas in unseren Einrichtungen nachdenken müssen. Das würden wir uns zwar anders wünschen, aber dieser Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen.

Herr Grünbaum, reden wir über die Lebendigkeit der Jüdischen Gemeinde, wie sie viele nicht-jüdische Menschen gar nicht mitbekommen. In Debatten über Israel, aktuell zum Konzert Roger Waters oder der Documenta hört man stets nur die Position des Vorstands, dabei

gibt es in der jüdischen Gemeinde ganz gegensätzliche Positionen. Wie erleben Sie das?

Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Vorstellungen zu allen Fragen. Man kann die Kündigung des Waters-Konzerts ablehnen, und in rechtlicher Sicht sieht es das Verwaltungsgericht ja auch so. Ich denke aber, wir müssen bei der Meinungsfreiheit und der Kunstfreiheit umdenken. Antisemitismus ist keine Meinung, Antisemitismus ist eine Geisteshaltung, die die Menschenwürde antastet. Was die Karikaturen auf der Documenta betrifft: Da stand die Gemeinde einhellig hinter der Forderung, sie abzuhängen. Was da gezeigt worden ist, hat uns zutiefst gekränkt. Ich hoffe aber, dass wir in diesem Gespräch zum 75. Jubiläum der Jüdischen Gemeinde nicht nur über Antisemitismus reden ...

Ich wollte auf die Vielschichtigkeit in der Gemeinde hinweisen und auf eine verzerrte Wahrnehmung, weil die unterstellte Homogenität eines der ältesten antisemitischen Klischees ist.

„ Ich höre in meinem nicht-jüdischen Freundeskreis oft die Frage: Darf ich überhaupt kommen? Unsere Kulturarbeit wendet sich an alle Frankfurter. Wir sind zwar ein Haus, das geschützt ist, aber wir sind offen.

Da bin ich ganz bei Ihnen. Wir sind in vielerlei Hinsicht sehr verschieden. In den Lebensweisen, in den religiösen Ansichten. Wir haben Liberale, wir haben moderne Juden, säkulare Juden, wir haben orthodoxe, streng orthodoxe, linke, solche, die der Mittelschicht angehören, aber auch Sozialhilfeempfänger.

Die Jüdische Gemeinde ist stark gewachsen mit ihren

Mitgliedern, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus Russland und der Ukraine kamen. Wie moderieren Sie gerade diesen Konflikt, ausgelöst durch den Krieg?

Es ist nicht hart geworden bei uns in der Gemeinde. Es gab nicht den geringsten Widerspruch gegen unsere umfangreichen Hilfsmaßnahmen für ukrainische Flüchtlinge. Wir wissen, dass viele unserer älteren Gemeindemitglieder russisches Fernsehen empfangen und damit auch der Propaganda ausgesetzt sind. Es gab aber nie Streit.

Ihr Wunsch für die Zukunft der Gemeinde?

Dass wir das zu Hause für die Juden in Frankfurt bleiben. Dass wir das Leben unserer Mitglieder bereichern. Dass die Unterschiedlichkeit, die Sie vorhin angedeutet haben, die Diversität, mehr Sichtbarkeit erhält – nach innen wie nach außen. Dass die Stadtgesellschaft sieht: Die Jüdische Gemeinde ist nicht immer eine Stimme, nicht immer Orthodoxie, nicht immer Klezmer und all das, was man sonst noch in seinem Hinterkopf hat.

Warum ist die Gemeinde bislang so wenig sichtbar?

Das sehe ich gar nicht so, und da muss man auch über den Stadtrand hinausblicken. Ich glaube, wir sind die sichtbarste jüdische Gemeinde in der Bundesrepublik. Besonders unsere Kulturarbeit wendet sich an alle Frankfurter. Bei uns ist jeder willkommen. Aber zugegeben: Selbst aus meinem nicht-jüdischen Freundeskreis höre ich die Frage: Ja darf ich denn da überhaupt kommen? Aber natürlich! Wir sind zwar ein Haus, das geschützt ist, aber wir sind offen. Das gehört zu der Erfolgsgeschichte, die wir bei diesem Jubiläum auch feiern: Was wir an Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen geschaffen haben, an Infrastruktur insgesamt, an Leistungen für unsere Gemeindemitglieder und wie weit wir in der Stadtgesellschaft gekommen sind. In den kühnsten Träumen derer, die diese Gemeinde wiedergegründet haben, war

das undenkbar gewesen.

Was wäre Ihnen zu diesem Jubiläum noch wichtig zu erwähnen?

Wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden, im offiziellen Motto nicht von der Gründung vor 75 Jahren zu sprechen, sondern von Wiederbegründung – nach einer langen Diskussion, die wir im Vorstand geführt haben. Es war umstritten.

Warum?

Weil für jemanden wie unseren Vorsitzenden Salomon Korn die Shoa der Zivilisationsbruch schlechthin ist. Zweitens sind die meisten unserer Familien ja keine alten Frankfurter. Für die Generation Salomon Korn knüpft diese Gemeinde nicht an das an, was hier vor 1933 war. Für meine Generation steht diese Gemeinde aber sehr wohl in der Tradition der Vorkriegsgemeinden. Für uns ist diese Gemeinde ein Teil unserer Identität: was die Einrichtung an sich anbelangt, die Kontinuität des Philanthropins, die Kontinuität unserer Westendsynagoge, die 1910 gebaut wurde. Und weil wir als jüngere Generation die Lebenswelt der Juden vor 1933 ganz anders verstehen und empfinden können, als es die Generation um Salomon Korn empfinden kann.

Wie meinen Sie das?

Für ihn hat dieses Menschenverbrechen einen riesengroßen Graben gerissen, über den eine Brücke zu bauen schwer ist. Die ältere Generation ist aus diesem Graben herausgekommen und sah

ein großes Feld vor sich, das sie neu bestellen musste. Für meine Generation gab es diesen Graben nicht. Wir Jüngeren sind ganz anders verwurzelt mit dieser Stadt, mit den Straßen, mit den Gebäuden. Darum ist dieser Begriff der Wiederbegründung schon eine Aussage im Jahre 2023.

Hat das Professor Korn überzeugt?

Es hat ihn nicht überzeugt, aber er hat sich dem demokratischen Votum gebeugt. Schauen Sie: Die ältere Generation hat in einem Ghetto gelebt, nicht in einem räumlichen, sondern in einem gedanklichen. Meine Generation hat sich geöffnet und hat Frankfurt als ihren Sozialisationspunkt erlebt. Der Begriff Wiederbegründung gibt das Lebensgefühl meiner Generation wieder.

Sie sind Kulturdezernent der Gemeinde und zuständig für kindliche Erziehung. Was wollen Sie den jungen Generationen mitgeben?

Dass Jüdischsein und Judentum sehr viel Freude bedeutet. Dass sie bewusst und selbstbewusst sind. Dass Jüdischsein weniger belastet ist. Wobei wir viel Wert darauf legen, dass sich die jungen Generationen mit der Shoa nicht nur auf historisierende Weise beschäftigen, sondern auch ganz konkret mit den Geschichten ihrer Familien. Nur so, glaube ich, werden wir das Erinnern als ein lebendiges Erinnern erhalten. Und ich wünsche mir, dass unsere Kinder stets mit einem Lächeln an unsere Gemeinde und unsere Gemeinschaft denken.

Zur Person & zum Jubiläum

Marc Grünbaum ist Frankfurter durch und durch. 1970 hier geboren, aufgewachsen im Westend. Er würde die Stadt nie verlassen, auch nicht für einen hochdotierten Job, hat der Rechtsanwalt in einem Interview mal gesagt. Zur Heimatverbundenheit trägt freilich auch die Jüdische Gemeinde bei, in der sich Grünbaum engagiert, seit 2014 ist er Mitglied des Vorstands. Als Kulturdezernent der Gemeinde ist er zuständig für die Kindergärten und für das kulturelle Programm. Als er ein Kind war, war die Shoa noch nah und die Jüdische Gemeinde noch klein an Mitgliedern. Sein Vater überlebte das KZ und kam Anfang der 50er Jahre ins Land der Täter – aus wirtschaftlichen Gründen, erzählt der Sohn. Die Mutter, eine österreichische Jüdin, kam wegen der Heirat 1960 nach Frankfurt. Zwölf Jahre zuvor hatten Holocaustüberlebende in Frankfurt die Jüdische Gemeinde neugegründet. Etwa 100 Juden lebten nach der Befreiung Frankfurts durch die Alliierten in der Stadt, an die 300 kehrten zurück. Heute zählt die Gemeinde zu den mitgliederstärksten jüdischen Gemeinden in Deutschland. Gefeiert wird unter anderem mit einem Tag der offenen Tür im September.

mjo/FOTO: S ENRICO SAUDA



Ministerpräsident Boris Rhein (rechts) mit den beiden Trägern des Hessischen Verdienstordens, Gerhard Wiese (links) und Johannes Warlo.
Foto: Staatskanzlei/Paul Müller

„Sie haben zum Hinsehen gezwungen“

Auschwitz-Prozess: Johannes Warlo und Gerhard Wiese erhalten Verdienstorden

Von Sascha Kircher

WIESBADEN. „Früher war ich immer der Jüngste“, sagt Johannes Warlo verschmitzt und blickt sich um. „Heute bin ich der Älteste!“ Mit seiner Familie ist der 95-Jährige am Mittwoch zu Gast in der Dienstvilla des Ministerpräsidenten in Wiesbaden, um gemeinsam mit seinem einstigen Kollegen Gerhard Wiese (94) aus den Händen von Boris Rhein (CDU) den Hessischen Verdienstorden entgegenzunehmen. Beide, Warlo und Wiese, unterstützten vor mehr als 60 Jahren als junge Oberstaatsanwälte in Frankfurt den damaligen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. In der Folge wurde Klage gegen 23 frühere SS-Angehörige aus Auschwitz erhoben, der international beachtete Prozess be-

gann im Dezember 1963.

Aufklärung gegen den Widerstand der Bevölkerung

Warlo, der sich um die Aufklärung der Euthanasie-Verbrechen kümmerte, und Wiese hätten die damaligen Täter, „ganz normale Täter mit bürgerlicher Existenz“, als Teile der Mordmaschinerie aus der Anonymität geholt und so dem Unrecht ein öffentliches Gesicht gegeben, sagt Rhein in seiner Laudatio. „Sie haben die Deutschen zum Hinsehen gezwungen!“ Dies gegen mitunter heftigen Widerstand – „auch aus meiner Partei“, betont der CDU-Politiker. Ende November ehrte Rhein bereits Warlos und Wieses einstigen Chef Bauer posthum mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille, der höchsten Auszeichnung

des Landes. Die Auszeichnung nun, im Jahr der 60. Wiederkehr des Prozessbeginns, gehe auf Justizminister Roman Poseck (CDU) Initiative zurück, berichtet Rhein.

Poseck, vor seiner Berufung in Rheins Kabinett im Mai 2022 als Richter, Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt und Präsident des Staatsgerichtshofes tätig, sagt am Rande der Zeremonie, die Aufarbeitung der systematischen Ermordung von Behinderten und der Auschwitz-Prozess, für den Wiese gemeinsam mit den inzwischen verstorbenen Kollegen Joachim Kügler und Georg Friedrich Vogel die Anklageschriften verfasst hatte, zählten neben den Nürnberger Prozessen zu den wichtigsten Verfahren gegen NS-Verbrecher vor deutschen Gerichten.

Während Warlo im Plauderton von Hindernissen bei seinen Recherchen berichtet – einmal habe er sich in einem Dorf in Niedersachsen „verbarrikadieren“ müssen, um nicht angegriffen zu werden –, zählt Wiese anstehende Termine auf, bei denen er in Schulen oder Universitäten von den damaligen Erlebnissen berichten werde – „soweit ich das noch kann“. Dieses Engagement als Zeitzeugen sei „an Wert nicht zu überschätzen“, lobt der Ministerpräsident. Es wirke letztlich als

„beste Immunisierung“ gegen Extremismus und Radikalisierung, schlägt Rhein einen Bogen zu heutigen Grenzüberschreitungen und Verrohung der Sprache. Diese stellten, neben der Gleichgültigkeit und dem Schulterzucken der Mehrheit, die größte Gefahr für die Demokratie dar.

VERDIENSTORDEN

► Der Hessische Verdienstorden, die nach der Wilhelm-Leuschner-Medaille zweit-höchste Auszeichnung Hessens, wurde 1989 vom damaligen Ministerpräsidenten Walter Wallmann (CDU) zur „Würdigung hervorragender Verdienste“ gestiftet. Zu den Preisträgern zählen Politiker wie **Alfred Dregger** (CDU) und **Holger Börner** (SPD), aber auch Volksschauspielerin **Liesel Christ**, Fußballer **Jürgen Grabowski**, Entertainer **Heinz Schenk** und Industriedesigner **Dieter Rams**. Am 12. Juni erhält Verleger **Joachim Unseld** den Orden.

Fremde Federn: Thomas Rachel

Die Ampel verkennt die Rolle der Religion

Für vier von fünf Menschen weltweit hat Religion in ihrem Leben einen hohen Stellenwert. Die derzeitige Bundesregierung interessiert das offensichtlich nicht. Sie verkennt zunehmend sowohl die kulturellen und religiösen Prägungen in unserem eigenen Land als auch in unseren Partnerländern auf der ganzen Welt.

Das Weglassen des Gottesbezuges bei der Verteidigung des Ampel-Bundeskabinetts, die Streichung der Religionszugehörigkeit im Personenstandsregister, die Pläne zur Verblendung der Bibelzitate auf der Kuppel des Berliner Stadtschlusses und das Entfernen des Kreuzes im alten Rathaussaal in Münster beim G-7-Treffen zeigen ein grundlegend verändertes Verhältnis dieser Bundesregierung zur Rolle von Religion.

Religion erfährt auch in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik der Ampelregierung einen massiven Bedeutungsverlust. Noch vor rund zehn Jahren haben die damaligen Minister Frank-Walter Steinmeier im Auswärtigen Amt sowie Gerd Müller im Bundesentwicklungsministerium die strategisch wichtige Bedeutung von Religion in der internationalen Politik erkannt. Sie haben wichtige Finanzmittel bereitgestellt und internationale Strukturen aufgebaut. Erstmals wurde unter der von Angela Merkel geführten Bundesregierung das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Deutschland hatte in der Folge eine internationale Vorreiterrolle eingenommen.

Die Ampelregierung hat die zentrale Bedeutung von Religion in der internationalen Zusammenarbeit hingegen nicht erkannt und den Mitteleinsatz sowie Personalbestand verringert. Erst nach massivem Druck aus der CDU/CSU-Fraktion hat sie das Amt des

Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit weitergeführt. Außerdem wurden jüngst unter Bundesministerin Svenja Schulze (SPD) die Mittel für die von Deutschland 2016 initiierte internationale Partnerschaft für Religion und Entwicklung gekürzt. Obwohl das Netzwerk eine entscheidende Rolle spielt, indem es über 150 internationale sowie religiöse Organisationen sowie mehrere Regierungen zusammenbringt, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Es ist für Religionskompetenz bei Vertretern deutscher Außen- und Entwicklungspolitik sowie für einen professionellen Umgang mit Religionen insgesamt von entscheidender Bedeutung.

Gleichmaßen lässt sich unter Ministerin Annalena Baerbock (Grüne) im Auswärtigen Amt eine fehlende Affinität zu Religion beobachten. Dies zeigt auch die Entscheidung, keine Religionsvertreter mehr für den Arbeitsbereich „Religion und Außenpolitik“ anzustellen. All dies läuft dem eigenen Anspruch im Koalitionsvertrag zuwider, den Bereich „Religion und Außenpolitik“ zu verstärken. Herausgekommen ist vielmehr eine Schwächung. Die Bundesregierung verkennt damit auch die kulturelle und religiöse Realität in unseren Partnerländern. Eine Entwicklungs- und Außenpolitik, die den religiösen Kontext in unseren Partnerländern aus ideologischen Motiven ignoriert und stattdessen eigene Vorstellungen forcieren, erscheint vielen als neokolonial. Nachhaltige Entwicklung und friedliches Zusammenleben kann nur unter Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte gelingen. Zu ihnen zählen ganz entscheidend religiöse Akteure.

Gleichberechtigung von Frauen und Klimaschutz lassen sich nur mit und nicht ohne oder sogar religiöse

Akteure erreichen. Im säkularisierten Europa mag das angesichts der steigenden Zahl der Kirchenaustritte sowie wachsender Kritik an Kirchen befremdlich wirken – im globalen Süden ist das jedoch Realität. Insbesondere dort genießen religiöse Akteure oft größeres Vertrauen als staatliche Stellen. Sie besitzen gesellschaftliche Gestaltungskraft und können damit zur Akzeptanz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der deutschen Zusammenarbeit beitragen. Wo Religion jedoch Teil des Problems ist, kommt es darauf an, sie zum Teil der Lösung zu machen.

In Ländern, in denen die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgrund von Kriegen und Konflikten an ihre Grenzen stößt oder staatliche Strukturen nicht mehr existieren, sind religiöse Akteure weiter aktiv. Sie leisten auch in abgelegenen Regionen wichtige Arbeit mit den betroffenen Menschen. In basisnahen Aufklärungskampagnen übernehmen sie eine Schlüsselrolle. Ein Beispiel hierfür ist der Kampf gegen Genitalverstümmelung in Mali. Dort konnten 2020 gemeinsam mit religiösen Autoritäten Jahr 400 Mädchen vor der Genitalverstümmelung bewahrt werden.

Ohne Berücksichtigung des religiösen Kontextes ist auch die selbsterklärte feministische Außen- und Entwicklungspolitik zum Scheitern verurteilt. Unabhängig von einer ideologisch geprägten Brille sollte die Ampelregierung dies anerkennen. Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit ohne religiöse Komponente werden immer nur Stückwerk bleiben. Ohne Religion geht es eben nicht.

Der Autor ist Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Gegen „Lager mit Stacheldraht“ an den EU-Grenzen

Der evangelische Kirchentag debattiert über die hohen Flüchtlingszahlen / Von Reinhard Bingener, Nürnberg

Parallel zu den Verhandlungen über die künftige Migrationspolitik der EU ist am Donnerstag auch auf dem evangelischen Kirchentag in Nürnberg über den Umgang mit Flüchtlingen gesprochen worden. Die Debatte in der Messehalle 4 bildete in gewisser Weise das Gegenstück zu dem Geschehen in Brüssel. Denn auf dem Podium waren mit „Pro Asyl“, „Ärzte ohne Grenzen“ und dem bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm vorrangig die Fürsprecher einer größeren Aufnahmebereitschaft Europas vertreten. Bedford-Strohm war in seiner Zeit als EKD-Ratsvorsitzender der maßgebliche Antrieber hinter der Initiative „United4Rescue“, die inzwischen Gelder für mehrere Rettungsschiffe auf dem Mittelmeer eingesammelt hat. Der Startschuss für die Aktion ging 2019 von dem letzten großen Kirchentag vor der Pandemie in Dortmund aus. „Wir haben da wirklich einen Unterschied gemacht als Kirche“, sagt Bedford-Strohm im Rückblick.

Doch innerhalb der EU steht diese Position inzwischen unter dem extremen Druck einer wachsenden Zahl von Mitgliedstaaten, die Flucht und Migration viel stärker als bisher begrenzen wollen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser deutete auch schon Bereitschaft zu einer Revision der deutschen Position an.

Die SPD-Politikerin sollte auch auf dem Kirchentagspodium sitzen, musste wegen der Verhandlungen in Brüssel jedoch vor einigen Tagen absagen. Statt ihrer stellte sich Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) der Debatte, die vor allem um den Vorschlag kreiste, an den EU-Außengrenzen Zentren zur Durchführung von Asylverfahren zu errichten. Bedford-Strohm sieht darin den Versuch, sich Flüchtlinge „vom Halse zu halten“ und sie „aus dem Gesichtsfeld“ zu verbannen. Der Bischof hat auch „schlicht kein Zutrauen“, dass sich die geplanten Lager von dem berühmten EU-Hotspot im griechischen Moria unterscheiden. Anders als in Moria werde es womöglich keine Ratten geben, sagte Bedford-Strohm. „Aber es wird immer noch ein Lager mit Stacheldraht sein, weil man Angst hat, wenn die Flüchtlinge rauskommen, machen sie sich selbständig auf den Weg.“ Der Landesbischof befürchtet, dass sich auch das Versprechen kurzer Verfahrensdauern in den Lagern als Illusion erweisen wird. „Und viele werden später

auch gar nicht von ihren Ländern zurückgenommen.“

Innenministerin Zieschang erwiderte, der vorgelegte Plan für die EU ermögliche vor allem eine Differenzierung: Menschen aus Ländern mit hoher Schutzquote wie Syrien oder Afghanistan müssten nicht in den Zentren bleiben, sondern direkt nach Europa, erläuterte die CDU-Politikerin. Anders sei dies für Staaten, etwa aus Afrika, deren Schutzquote teils weniger als ein Prozent betrage. Zieschang hob die Bedeutung einer Einigung hervor, von der auch die Freizügigkeit in Europa abhängen. Ungarn verabschiedete sich bereits zusehends aus dem Schengen-Regime. „Und wenn wir keine europäische Lösung finden, wird auf Dauer jeder Staat seine eigene Lösung suchen“, warnte die Politikerin aus Magdeburg.

Zieschang verkniff sich auch nicht eine Bemerkung zu den Rettungsschiffen: Diese befreiten kurzfristig zwar unzweifelhaft Menschen aus Lebensgefahr. Sie gäben damit aber zugleich den Anlass dafür, dass sich weitere Boote auf den Weg machten. Die Frage, ob man so „mittelbar das Geschäft der Schleuser betreibt“, müsse sich daher auch die Kirche stellen. Zieschang warnte ihre Kirche auch davor, sich „nur zum Sprachrohr der Schutzbedürftigen zu machen“. Auch die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung müsse berücksichtigt werden.

Bedford-Strohm widersprach und setzte den Akzent ganz anders. Die Kirche dürfe nicht auf Stimmungen der Bevölkerung schießen, sondern müsse sich an das Jesus-Wort „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen“ halten. Immer mehr EU-Länder verhielten sich „völlig taub“ gegenüber dieser christlichen Grundorientierung, klagte Bedford-Strohm. Das enthebe die Kirchen aber nicht von ihrer Aufgabe, trotz Gegenwinds auf ihren Positionen zu beharren. Auch feste Obergrenzen für Flüchtlinge hält Bedford-Strohm für den falschen Weg. Denn Hilfsbereitschaft sei eine veränderliche Größe. Wenn es gelinge, im Zustrom der vielen den einzelnen Menschen kenntlich zu machen, stärke das erfahrungsgemäß die Bereitschaft zur Aufnahme. „Selbstverständlich nicht hundert Millionen“, sagt Bedford-Strohm. Aber ein reicher Kontinent wie Europa mit seinen 500 Millionen Einwohnern könne mehr Menschen aufnehmen als derzeit.

Faeser für ein „Europa der offenen Grenzen“

Treffen der EU-Innenminister / Kompromissvorschlag für Reform des Asylrechts

T.G. LUXEMBURG. Die EU-Innenminister haben am Donnerstag um eine gemeinsame Haltung zur Reform des EU-Asylrechts gerungen. Die schwedische Ratspräsidentschaft hatte einen Kompromissvorschlag präsentiert, der eine massive Verschärfung der Regeln vorsah und Grundlage für Verhandlungen mit dem EU-Parlament sein soll. Demnach sollen Personen mit geringer Aussicht auf Asyl an der EU-Außengrenze interniert werden und dort ein beschleunigtes Verfahren absolvieren.

Die Staaten sollen dafür 30.000 Plätze bereithalten. Im Gegenzug sollen sich die anderen verpflichten, 30.000 Asylbewerber zu übernehmen, wenn der Migrationsdruck an der Außengrenze zu groß wird. Allerdings können sie sich davon freikaufen. Vorgesehen war auch, dass abgelehnte Bewerber in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können.

Am Morgen hatten sich nur 14 der 27 Mitgliedstaaten mit einem Stimmengewicht von 60 Prozent dafür offen gezeigt, diesen Kompromiss mitzutragen. Das war deutlich von der nötigen qualifizierten Mehrheit entfernt: 15 Staaten mit mindestens 65 Prozent Stimmengewicht, das der Bevölkerungsgröße entspricht. Zu den Staaten, die nicht zufrieden waren, gehörten Italien, Griechenland und Bulgarien, aber auch die Niederlande und Österreich. Kritik gab es an allen Elementen des Kompromissvorschlags, insbesondere aber an einem für Deutschland heiklen Punkt. Mehr als ein Dutzend Staaten drangen darauf, dass abgelehnte Asylbewerber in Drittstaaten abgeschoben werden können, zu denen sie keinen Bezug haben. Das würde Transfers etwa nach Ruanda, Niger oder Tunesien ermöglichen – wurde jedoch von der Bundesregierung abgelehnt.

„Für uns als Deutschland stehen die menschenrechtlichen Standards ganz vorne und dafür werde ich auch heute hart kämpfen“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), als sie beim Ministerrat in Luxemburg eintraf. Sie wolle ein „Europa der offenen Grenzen“. Sollte man scheitern und keine gemeinsame Lösung finden, würde dies zu nationaler Abschottung führen. Dagegen warb etwa der österreichische Innenminister Gerhard Karner dafür, Asylverfahren ganz in Drittstaaten auszulagern.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni will am Sonntag mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Tunesien reisen. Italien dringt auf mehr Hilfen für die dortige Regierung und erwartet, dass die im Gegenzug die Migration eindämmt.

Faeser unter Druck

Deutschland war in den Verhandlungen zur EU-Asylreform weitgehend isoliert. Viele Staaten wollten Abschreckung statt Menschlichkeit.

Von Thomas Gutschker, Luxemburg

Es war viertel vor zehn am Donnerstagmorgen, als Maria Malmer Stenergard unsicher in die Runde blickte. Die Aussprache der Innenminister zur EU-Asylreform sollte beginnen, aber niemand hob die Hand. Hilfesuchend wendete sich die schwedische Migrationsministerin an ihren EU-Botschafter, beide tuschelten etwas. „Darf ich das als Zustimmung werten?“, fragte sie schließlich. Da schien es für einen Moment, als sei der „historische Schritt“ gekommen, den sie in ihrer Einleitung beschworen hatte: ein Durchbruch beim schwierigsten und kontroverssten aller Themen Euro-

pas. Würden sich die Minister nach mehr als sieben Jahren fruchtloser Verhandlungen auf eine gemeinsame Position zum Asylrecht einigen – über die sie dann mit dem Europäischen Parlament zu verhandeln hätten?

Dann brach der polnische Innenminister das Eis. Ein Kollege nach dem anderen folgte, und mit fast jeder Meldung musste Stenergard mulmiger zu Mute werden. Es hagelte Kritik. Was den einen zu weit ging, ging den anderen nicht weit genug. Man bewegte sich nicht aufeinander zu. Nach anderthalb Stunden Aussprache, in der sich jeder zu Wort meldete, war klar: Das reicht nicht.

Fortsetzung von: Faeser für ein "Europa der offenen Grenzen"

Nur 14 Staaten ließen erkennen, dass sie den von Schweden vorgelegten Kompromissvorschlag unterstützen, mit einem Stimmengewicht von zusammen 60 Prozent. Für eine qualifizierte Mehrheit müssen es jedoch mindestens 15 Staaten mit 65 Prozent sein. Acht Staaten mit 23 Prozent äußerten sich ablehnend, kategorisch allerdings nur Polen und Ungarn. Die anderen forderten Änderungen: die Niederlande, Österreich, Dänemark, die Tschechische Republik, Kroatien, Malta. Fünf Staaten mit 17 Prozent traten moderater auf, verlangten aber ebenfalls Nachbesserungen, darunter mit Italien, Griechenland und Bulgarien drei Schwergewichte an der Außengrenze.

Was nun? „Es wird nicht einfacher werden, wenn wir die Entscheidung vertagen“, hatte Stenergard zur Eröffnung des Ministerrats in Luxemburg an ihre Kollegen appelliert. „Es gibt keine Entschuldigung, wenn wir heute keine Vereinbarung treffen.“ Um 11.20 Uhr unterbrach sie die Sitzung. So war es erwartet worden. Abgestimmt wird in der EU erst, wenn eine Mehrheit steht – oder das völlig aussichtslos ist. Jetzt kam es wieder auf die Botschafter an. Während die Minister in ihren düsteren Sitzungssaal zurückkehrten, um sich mit den weniger heiklen Themen der Tagesordnung zu befassen, suchten die Diplomaten einen Ausweg.

Niemand stand da so unter Druck wie Nancy Faeser. Die SPD-Politikerin, die in Hessen Ministerpräsidentin werden will, hatte sich in den vergangenen Monaten mächtig ins Zeug gelegt, um einen Kompromiss zu finden. Sie war bereit, Kröten zu schlucken, aber sie konnte nicht allein entscheiden. In Berlin saßen ihr die Grünen im Nacken, gewiss auch Teile der eigenen Partei. Die wollten, dass sie Ausnahmen durchsetzt, hohe menschenrechtliche Standards verteidigt und den schwedischen Vorschlag aufweicht. Hier in Luxemburg bekam sie vorgeführt, dass das nicht nur aussichtslos war. Sondern dass mehr als ein Dutzend Staaten von ihr weitere Zugeständnisse forderten, um das Asylrecht so unattraktiv wie nur irgend möglich zu machen und möglichst viele Menschen davon abzuschrecken, nach Europa zu kommen.

Das betraf zum einen das Grenzverfahren – eine wichtige Neuerung im Asylrecht, das etwa ein Viertel der heutigen Bewerber betreffe. Personen mit geringer Aussicht auf Asyl sollen an der Außengrenze festgehalten und im Schnellverfahren abgefertigt werden: Zwölf Wochen für einen Asylantrag und ein Rechtsmittel dagegen. Heute dauert ein reguläres Verfahren in Deutschland fast zwei Jahre bis zur unanfechtbaren Entscheidung. Die Ampel-Koalition hatte das zähneknirschend akzeptiert – wollte dann aber alle Familien mit Kindern von

dem Schnellverfahren ausnehmen, die Frist verlängern, die Schutzquote absenken. Nichts von dem ging in den Vorschlag der Schweden ein. Die verschonten nur unbegleitete Minderjährige. Faeser hatte deshalb eine Protokollerklärung im Gepäck, mit der sie dagegen protestieren – und dann doch zustimmen wollte.

Doch dann verlangten die Niederlande weitere Zugeständnisse von ihr. Auch die Ausnahme für unbegleitete Minderjährige müsse gestrichen werden, forderte ihr Kollege Eric van der Burg. In seinem Land kommen vorwiegend junge Männer an, die keine Aussicht auf Asyl haben und sich als Minderjährige ausgeben. So groß ist das Problem, dass Den Haag seine Zustimmung zu einem Asylkompromiss daran knüpfte, dass auch diese Gruppe künftig ins Grenzverfahren muss. Eine Tür ließ der Staatssekretär jedoch offen. Man könne ja die Altersgrenze senken, regte er an. Kinder unter 14 sind nicht das Problem, sondern die Älteren. Aber wie sollte Faeser das den Grünen verkaufen, die schon das Grenzverfahren selbst ablehnen?

Noch größer wurde der Druck bei einem anderen Punkt. Schweden will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass abgelehnte Asylbewerber nicht nur in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können, sondern auch in andere Länder: sichere Drittstaaten. Im Grenzverfahren soll das sogar schon möglich sein, wenn ein Asylantrag als unzulässig abgewiesen wird. Ein Antragsteller könnte zwar dagegen klagen, aber trotzdem schon in ein anderes Land gebracht werden. Bei solchen Vorschlägen sehen Grünen-Politiker seit langem rot, eine deutsche Liste sicherer Drittstaaten haben sie bisher erfolgreich verhindert.

Die Bundesregierung hatte vor Luxemburg durchgesetzt, dass es zwischen der Person und dem Drittland wenigstens eine Verbindung geben müsse, also einen längeren Aufenthalt, eine Arbeit dort oder familiäre Beziehungen. Doch regte sich massiver Widerstand dagegen. Dreizehn Minister forderten am Donnerstag explizit, die Verbindung zu streichen. Italien, Österreich, den Niederlanden, Dänemark, Malta und Griechenland war das so wichtig, dass sie ihre Zustimmung zum Gesamtpaket daran knüpften. Dänemark hat schon mit Ruanda über ein Zentrum für Asylbewerber verhandelt, Malta mit Niger und Italien will abgelehnte Asylbewerber nach Tunesien zurückschicken. Vorbild dafür ist der Türkei-Deal von 2016, intern war auch von einem „Ruanda-Modell“ die Rede.

„Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, jetzt nicht heute mit Verschärfungen zu kommen“, sagte Faeser in der Sitzung. Über all das hätten doch die Botschafter schon verhandelt. Aber das reichte eben nicht.

Umstritten war auch der Solidaritätsmechanismus, den Schweden vorgeschlagen hatte. Einerseits sollen die Mitgliedstaaten 30.000 Plätze für Grenzverfahren schaffen, also in geschlossenen Einrichtungen. Der jeweilige Schlüssel berechnet sich aus illegalen Grenzübertritten und Einreiseverweigerungen in den letzten drei Jahren. Diese Last tragen also vornehmlich Staaten mit einer Außengrenze am Meer oder zu Lande. Da das Schnellverfahren nur drei Monaten dauern soll, könnten so maximal 120.000 Personen pro Jahr abgefertigt werden. Im letzten Jahr hätten sich 227.000 Menschen dafür qualifiziert, ein Vierte aller Erstantragsteller in Europa. Trotzdem ging die Zahl den betroffenen Staaten zu weit. Italien und andere forderten eine niedrigere „Kappungsgrenze“.

Andererseits sollen nach dem schwedischen Vorschlag die Staaten im Hinterland der Union 30.000 Plätze für Übernahmen („Relocations“) bereithalten, und zwar pro Jahr. Davon würden auf Deutschland rund 6000 Plätze entfallen – keine große Zahl angesichts der 244.000 Antragsteller im vorigen Jahr. Berlin wäre zu mehr bereit gewesen. Doch die Bereitschaft anderer Staaten, Menschen zu übernehmen, ist denkbar gering. Nur eine Handvoll haben sich dazu bereit erklärt. Alle anderen könnten sich ganz oder teilweise von ihrer Verpflichtung freikaufen – mit einer Einmalzahlung von 20.000 Euro pro Person. Sogar darüber wurde am Donnerstag noch lamentiert. Man habe doch schon eine Million Ukrainer aufgenommen, hieß es von Polen, da sei eine solche „Strafzahlung“ fehl am Platz. So argumentierten auch andere.

Am Nachmittag, um viertel nach drei, setzte sich Faeser mit ihrem italienischen Kollegen zusammen, begleitet von nationalen Experten – hinter einer Glaswand zum Presseraum. Das waren die beiden Schlüsselländer, ohne sie konnte es keinen Kompromiss geben. In Rom traf etwa zur selben Zeit der Bundeskanzler die italienische Ministerpräsidentin. Es gebe nur eine „europäische Lösung“, hieß es anschließend. Giorgia Meloni kündigte an, sie werde am Sonntag mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Tunesien reisen. Die EU-Kommission hatte ein Hilfspaket für Tunesien vorbereitet, im Gegenzug soll die Regierung in Tunis Migranten aufhalten. Faeser und ihr Kollege gingen nach zwanzig Minuten freundlich auseinander. Ein Deal?

Aus Verhandlungskreisen hieß es am Nachmittag, es gebe einen neuen Text. Was drin stand, wollte niemand näher beschreiben. Das musste kein schlechtes Zeichen sein. Europäische Kompromisse werden nie im Sonnenlicht ausgehandelt.

Für die Minister war es schon eine Zumutung, dass sie öffentlich tagen mussten – so sehen es die Regeln vor, wenn es um Gesetzesvorschläge geht.

Für den Fall, dass eine Einigung nicht gelingen sollte, gab es einen Plan B: eine weiterer Ministerrat in zwei Wochen. Auf keinen Fall sollte das Thema zurück in den Europäischen Rat gehen, sagten Diplomaten. Denn dort muss im Konsens entschieden werden. Das aber war am Donnerstag so illusorisch wie schon 2015, während der letzten Migrationskrise.

Mit Pingpong und Popcorn

FRANKFURT Die Nachwuchssuche wird immer schwerer. Um Kandidaten für eine Ausbildung oder ein duales Studium zu interessieren, müssen sich Unternehmen allerhand einfallen lassen.

Von Patricia Andreae

Es duftet wie im Kino. Wer die Treppe durch die Zuschauerränge in der Eissporthalle hinabsteigt, beginnt automatisch das Oval, auf dem sich statt Schlittschuhläufern viele junge Menschen an bunten Ständen tummeln, nach der Quelle des verführerischen Popcorngeruchs abzusuchen. Der Stand, von dem er stammt, liegt am äußersten Ende der Halle, in der sich mehr als 80 Anbieter von Ausbildungsberufen auf der Abi-Zukunftsmesse präsentieren. Auffällig ist, dass sich vor allem beim Autohändler Best die Besucher drängen. Die wenigsten davon sind mit dem Wunsch, einen Ausbildungsplatz als Automobilkaufmann zu finden, auf die Messe gekommen. Dennoch nimmt mancher den Flyer mit, der neben der roten Box mit wohlriechendem Naschwerk liegt.

Damit hat das Unternehmen schon viel richtig gemacht. Denn, wie Felicia Ullrich kürzlich bei einem Seminar der IHK Frankfurt zum Thema „Berufswahlmessen – So überzeugen Sie vor Ort“ sagte, geht es bei solchen Veranstaltungen zunächst einmal um Kontakte. „Und aus Kontakten werden Bewerber“, hob die Mitinhaberin des Personalberatungs-Unternehmens U-Form hervor und schärfte den Zuhörern ein: „Denken Sie wie ein Vertriebler!“ Denn angesichts eines Marktes, in dem jede zweite Lehrstelle unbesetzt bleibe, müssten sich eher die Unternehmen bei den jungen Leuten bewerben als umgekehrt. Für diesen Zweck seien Messen und Infoveranstaltungen von besonderer Bedeutung. Das sieht auch Julian Strotmann aus der Geschäftsführung des Messeveranstalters so: „Man sieht an der Branchenviefalt, wie groß der Bedarf der Unternehmen ist.“ Dass an einem sonnigen Samstag schon in der ersten Stunde mehr als 1000 Besucher die Informationsstände ansteuern, zeigt für ihn aber auch, „wie stark das Bedürfnis nach Orientierung bei den Jugendlichen ist“.

Nach den Ergebnissen der Azubi-Recruiting-Trends-Studie, die Ullrichs Unternehmen mit Partnern anfertigt, spielen Internet und soziale Medien für junge Leute bei der Suche nach einer Ausbildung zwar eine wichtige Rolle, Messen aber seien besser bewertet. Sie böten die Möglichkeit zum echten Kontakt mit einem Unternehmen – und zu Gesprächen, die bis zum Vertragsabschluss führen könnten. Daher sei es umso wichtiger, sich gut zu präsentieren: „Nehmen Sie die Auszubildenden mit dem strahlendsten Lächeln mit, die sind Ihr bestes Aushängeschild.“ Neben möglichst auffälligen T-Shirts für die Crew am Stand empfiehlt Ullrich, vor allem mit Spaß auf Azubi-Fang zu gehen und den Spieltrieb anzusprechen.

Das beherzigen die meisten der Unternehmen in der Eissporthalle. Ein IT-Dienstleister hat ein Tablet in eine Plexiglasbox mit Kette und Schloss gepackt. Wer an den Stand kommt, kann aus einer anderen Box einen Schlüssel nehmen und schauen, ob dieser ihm den Gewinn erschließt. Während der Schlüssel probiert wird, haben die Mitarbeiter Gelegenheit, mit potentiellen Bewerbern ins Gespräch zu kommen.

Bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY greifen junge Leute zu den Schlägern, um an einer Mini-Pingpong-Platte ein Match zu wagen. Dabei versuchen Mitarbeiter, in Erfahrung zu bringen, wofür die Besucher sich interessieren, und geben ihnen bei Bedarf Informationen zu Studien-Angeboten und ein hübsches Notizbuch an die Hand. Manche Besucher scheinen sich aber mehr für Kugelschreiber, Gummibärchen und vor allem für Stoffbeutel, die freigiebig verteilt werden, zu interessieren als für Gespräche. Felicia Ullrich mahnt darum zur Vorsicht. Dinge, die man im Vorbeigehen mitnehmen könne, seien oft „wertloser Plastikmüll“ und nützten niemandem. Lieber solle man auf wertigere Mitgebels achten und diese verknappen: „Den hübschen Stoffrucksack bekommen nur die-

jenigen, mit denen man auch gesprochen hat“, rät sie.

Vor allem aber gelte es, die Gespräche wirklich zu nutzen: „Reden Sie über Benefits in Ihrem Unternehmen, dass Diversität gelebt wird und Sie die Möglichkeit von Zusatzqualifikationen in der Ausbildung bieten“, gibt sie den Recruitern auf den Weg. Und: „Reden Sie über Geld!“ Denn angesichts der vielen Krisen sei das nach ihren Befragungen für die jungen Leute ein eminent wichtiges Thema. Weil zudem nach ihrer jüngsten Studie 66 Prozent der jungen Leute eher bei einem Unternehmen arbeiten wollten, in dem geduzt werde, sei es auch gut, wenn das schon auf den Azubi-Messen gezeigt werde.

Beim Automobil-Unternehmen Best wird all das geboten. Auf dem Flyer steht neben „attraktiver Vergütung mit Weihnachts- und Urlaubsgeld“ und 30 Tagen Urlaub zudem, die Azubis erwarte „ein cooles Team mit flachen Hierarchien und Duz-Kultur“. Hier gibt es also nicht nur Popcorn. Allerdings fehlt das Angebot eines dualen Studiums, und das ist auf der Abi-Messe deutlich stärker gefragt als eine Ausbildung.